



Energiedialog: Maßnahmen und Forderungen

Energie sparen und Effizienz steigern

Energiesparen und Energieeffizienz bilden eine wichtige Säule der Energiewende für eine sichere, wirtschaftliche und nachhaltige Energieversorgung. Energieeinsparung ist eine Gemeinschaftsaufgabe. Um das Zusammenwirken von Bürgern und Unternehmen, Freistaat und Kommunen zu optimieren, starten wir gemeinsam mit verschiedenen Partnern eine **EnergieEffizienzOffensive**. Sie wird aus aufeinander abgestimmten Bausteinen in den verschiedenen Handlungsfeldern, aus Förderung, Beratung, Information und Motivation bestehen.

WIR FORDERN VON DER BUNDESREGIERUNG,

- mit Hilfe der steuerlichen Förderung der energetischen Gebäudemodernisierung die Sanierungsrate bei Gebäuden zu steigern, um die großen Einsparpotenziale zu aktivieren.

WIR WERDEN

- mit unserem 10.000-Häuser-Programm „EnergieSystemHaus“ die Steigerung des Selbstversorgungsgrades mit hoher Energieeffizienz und intelligenter Verknüpfung von Wärme und Strom, Speichern und Netzen verknüpfen und damit Bauherren von Ein- oder Zweifamilienhäusern ebenso fördern wie innovative Gemeinschaftslösungen, z.B. in Wohnvierteln. Es geht um Kombinationen wie Solarthermie mit großem Wärmespeicher, Wärmepumpen oder Blockheizkraftwerke mit Speicher und Energiemanagementsystem oder PV-Anlagen mit Batterie- oder thermischem Speicher.

- ein neues Förderprogramm „Energiekredit Gebäude“ der LfA Förderbank Bayern zur Unterstützung von Unternehmen bei der Modernisierung ihrer Gewerbebauten auf den Markt bringen,
- mit besserer Information die Motivation zum Einsparen von Wärme, Strom und Kraftstoffen bei Bürgern, Unternehmen und Kommunen verstärken,
- unser Informations- und Beratungsangebot für Kommunen ausbauen, z.B. durch Online-Tools als Hilfestellung für die Aufstellung kommunaler Energienutzungspläne und zum kommunalen Energiemanagement,
- die Fördermöglichkeiten für Kommunen noch praxisnäher und bedarfsgerechter gestalten, z.B. durch das EnergieCoachingPlus, damit sie Energie-Einsparpotenziale identifizieren und Einsparungen realisieren können, bei Energienutzungsplänen und Sanierungsfahrplänen für kommunale Liegenschaften,
- Wir wollen den Dialog mit den gesellschaftlichen Gruppen, die eigene Vorstellungen zur Steigerung der Energieeffizienz entwickelt haben, fortsetzen und das Erreichte evaluieren.

Beitrag der Speichertechnologien

Die Bedeutung der Speicher (zentral und dezentral) nimmt mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien zu. Speicher sind notwendig, um die Erzeugungsspitzen aufzunehmen und zeitversetzt wieder zur Verfügung zu stellen. Ohne Speicher wird mit zunehmendem Zubau von volatilen erneuerbaren Energien nur der Überschussstrom exportiert, ohne in den Phasen ohne Wind und Sonne einen Beitrag zur Versorgungssicherheit zu leisten. Speicher liefern aber vor allem Systemdienstleistungen, z.B. Regelenergie, und sind zur Aufrechterhaltung der Netzstabilität zwingend erforderlich. Zusätzlich zu den bestehenden Pump- und Batteriespeichern werden Langzeitspeicher ab ei-

nem Anteil von etwa 60 bis 80 % erneuerbarer Energien wesentlich. Ziel muss eine technologieneutrale und im Wettbewerb kostenoptimierte Erschließung dieser Potentiale sein.

WIR FORDERN VON DER BUNDESREGIERUNG,

- die regulatorischen Rahmenbedingungen für Speicher zu verbessern und Hemmnisse durch Regularien und staatliche Vorgaben zu streichen wie z.B. Letztverbraucherregelung für alle Speicher und Netzentgelte für Pumpspeicher (Wettbewerbsnachteile ggü. Schweiz und Italien)
- Wir fordern entschädigungsfreie Abregelung bei den erneuerbaren Energien (Starkwind/Mittagsspitze Sonne). Dadurch können zusätzliche Anreize für Speicher geschaffen werden.
- Marktmodelle für Power-to-X-Verfahren (z.B. Power-to-Gas, Power-to-Heat, Power-to-Liquid (LOHC)) für Überschussstrom zu entwickeln,
- eine Forschungsoffensive Speicher mit Demonstrationsvorhaben in Bayern, u.a. für die Entwicklung von Batterietechnologien (Ziel: Kostensenkung, Erhöhung der Lebensdauer),
- ein weiteres Schwerpunktprogramm Power-to-Gas (PtG) aufzulegen, da die Mittel für das derzeitige Programm ausgeschöpft sind, PtG aber noch intensiv weiter zu entwickeln ist,
- ein Demonstrationsvorhaben für Speichertechnologien in Bayern zu finanzieren,
- das Markteinführungsprogramm für dezentrale Batteriespeicher in Verbindung mit PV-Anlagen auszubauen.

Bayern fördert bereits heute mit über 50 Mio. € (seit 2013) die Speichertechnologieforschung, insbesondere die Batterieforschung.

Ausbau erneuerbarer Energien

Nach dem erfolgreichen Zubau der letzten Jahre leisten erneuerbare Energien mit einem Anteil von 31,6 TWh (2013) inzwischen einen substanziellen Beitrag zur Stromerzeugung Bayerns. Deutschlandweit ist gleichzeitig die EEG-Umlage auf neue Höchststände gestiegen. Der künftige Zubau von Anlagen der erneuerbaren Energien muss deshalb marktorientierter erfolgen und sich an einem Zusammenspiel aus intelligenten Betriebsmitteln, flexibel regelbaren Kraftwerken, intelligentem Lastmanagement und Speichern orientieren, damit aus der zu maßgeblichen Anteilen volatilen erneuerbaren Energie sichere Energie wird.

WIR WERDEN

- die Auswirkungen des EEG 2014 auf den Ausbaupfad der Erneuerbaren verfolgen und Nachbesserungen einfordern, wenn die Ziele des EEG gefährdet erscheinen,
- die Nutzung weiterer Flächen für die Photovoltaik unterstützen und dabei gleichzeitig den Flächenschutz wahren (z.B. auf bereits versiegelten Flächen oder indem durch die Nutzung die Flächen ökologisch aufgewertet werden),
- den Beitrag der Bioenergie stärken, insbesondere werden wir die Möglichkeiten zur bedarfsgerechten Erzeugung zum Ausgleich der schwankenden Einspeisung anderer erneuerbarer Energien ausschöpfen (Umsetzung Bayernplan), indem wir Information, Beratung und Forschung und Entwicklung fördern,
- die Nutzung von Holzenergie für Kraft-Wärme-Kopplung vorantreiben,
- Anreize für Kommunen prüfen, um planerische Gestaltungsspielräume auszuschöpfen, z. B. die Förderung von Bebauungsplänen für die Windkraftnutzung.

Versorgungssicherheit

Die Umwandlung des Stromversorgungssystems muss im volks- und energiewirtschaftlich sinnvollen Maße unter Berücksichtigung der Umweltverträglichkeit sowie der Akzeptanz der Bürgerinnen und Bürger erfolgreich fortgeführt werden. Versorgungssicherheit und wettbewerbsfähige Strompreise sind für den Erhalt des attraktiven Industrie- und Wirtschaftsstandortes Bayern und seiner Arbeitsplätze unverzichtbar. Hierfür sind neue gesicherte Kraftwerkskapazitäten von mind. 2000 MW in Bayern bis 2023 zu realisieren. Diese Kapazitäten sind in den Planungen des Bundes bereits vorgesehen, obwohl sie noch nicht existieren.

Der Netzausbau ist nur im nötigen Maße umzusetzen, um v.a. die verbleibende Lücke bei der Strommengenbereitstellung zu schließen (25 TWh nach Realisierung der Thüringer Strombrücke abzüglich der durch die nötigen Kraftwerkskapazitäten (z. B. KWK) erzeugten Strommenge).

WIR FORDERN DAHER VON DER BUNDESREGIERUNG

- rasch Anreizmechanismen zur Errichtung und Betrieb von Gas- kraftwerken zu schaffen (kurzfristig Novelle Reservekraftwerksverordnung bzw. Überführung in eine Kapazitätsreserveverordnung o.ä., mittelfristig neues Strommarktdesign),
- umgehend eine regional differenzierte Kapazitätsbedarfsprüfung bis einschl. 2023 (abgeschlossener Kernenergieausstieg) vorzunehmen (bisher Fokussierung auf 5 Jahres-Vorschau),
- die Rahmenbedingungen für den gezielten Ausbau der KWK zu verbessern (Reform KWKG),
- die rechtlichen Voraussetzungen zu schaffen, damit bei Windenergie- und PV-Anlagen bei Bedarf die Einspeisung stärker als bisher abgeregelt werden kann (Reduktion des Netzausbaubedarfs),

- bei Abregelung von konventionellen Kraftwerken in Starkwind/Spitzenzeiten PV den Vorrang der erneuerbaren Energien stärker zu berücksichtigen, um den Übertragungsbedarf zu reduzieren,
- die rechtlichen Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass der dann noch erforderliche Netzausbau geringstmögliche Auswirkungen auf Bevölkerung und Landschaft hat (z.B. Ausschöpfung aller Optimierungs- und Verstärkungspotenziale im Bestandsnetz, Erdverkabelung, „elektrischer Ausgleich“ als Kompensation für Neubau, Kompaktmasten u.a.),
- den Szenariorahmen als wichtige Datengrundlage für die Netzentwicklungsplanung künftig von der Bundesnetzagentur als unabhängiger Bundesbehörde erstellen zu lassen.

Bayern wird die Kommunen im Rahmen der Energienutzungsplanung bei der Erschließung weiterer KWK-Potenziale unterstützen.